

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 2

Artikel: Das Dritte Reich in seinen Anfängen
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Abzüge für Versicherungsprämien, der persönliche Abzug, der Haushaltabzug (außer in St. Gallen) und die Kinderabzüge wurden bei der getrennten Veranlagung der Einfachheit halber zu gleichen Teilen auf die beiden Gatten verteilt. Ebenso der Abzug für Unselbständigerwerbende, wie er in Bern und St. Gallen gewährt wird; es wurde der Maximalbetrag von 800 Franken halbiert, weil beide Gatten zusammen in allen Beispielen das Maximum erreichen. Für Berufsauslagen wurden in Zürich, Aargau und bei der Wehrsteuer jedem Ehegatten 500 Franken abgezogen. In Basel wurden für diesen Zweck beim Mann 300 Franken, bei der Frau 200 Franken und in St. Gallen beim Mann 200 Franken, bei der Frau 100 Franken in Abzug gebracht.

Über die Behandlung dieser Abzüge sowie über deren Berechnung und Aufteilung auf Mann und Frau wird an jedem Ort bei einer Gesetzesrevision zu reden sein. Die Meinungen werden nicht zuletzt in dieser Frage auseinandergehen, und die Regelung wird von Ort zu Ort verschieden sein. Wir haben in den vorliegenden Beispielen eine möglichst einfache und einheitliche Lösung getroffen, weil wir zeigen wollten, in welcher Größenordnung sich ungefähr die Steuereinsparungen für die Familien bewegen, wenn Mann und Frau getrennt besteuert würden.

Das Resultat

ist in den Tabellen aus der Kolonne «Einsparung» ersichtlich und ist recht eindrücklich. Die Beträge in dieser Kolonne sind allein das Resultat der Steuerprogression, die hier am falschen Ort zur Anwendung kommt; diese Beträge könnten ohne Änderung des Steuertarifes oder der Steuergrundlagen von den Familien eingespart werden, wenn die Ehefrau selbständig besteuert würde.

Wir appellieren zum Schluß an alle Kantonalparteien und Sektionen der SPS, entsprechende Vorstöße zu unternehmen, damit durch relativ einfache Revisionen die Steuerrechnungen einer großen Zahl von Familien eine gerechtfertigte Reduktion erfahren.

Arbeitskreis junger Sozialisten

J. W. BRUEGEL

Das Dritte Reich in seinen Anfängen

Verdächtiges Interesse für die Schweiz

Ein Vierteljahrhundert ist jetzt seit dem schwarzen Tag der Machterschleichung durch Adolf Hitler vergangen. Ein bemerkenswertes Bild von den Anfängen des Dritten Reiches in seinen Beziehungen zur Umwelt erhält man gerade zu diesem traurigen Jubiläum durch den Beginn einer neuen

Serie der Veröffentlichung erbeuteter deutscher diplomatischer Dokumente¹. Damals, also im Zeitraum zwischen dem 30. Januar und der ersten «Wochenendüberraschung», dem Austritt aus dem Völkerbund, gaben sich die Nationalsozialisten mit der wichtigen Ausnahme des von ihnen terrorisierten Österreich sozusagen zivilisiert. Hitler hielt am 17. Mai 1933 im Reichstag eine «Friedensrede», durch die die Welt in Sicherheit gewiegt werden sollte, was denn auch prompt gelang. Natürlich ist heute über die Politik des Dritten Reiches soviel bekannt, daß auch jetzt an die Öffentlichkeit gelangende Dokumente kaum viel Überraschungen bieten können. Was aus den Akten stärker hervorgeht als aus öffentlichen Kundgebungen, ist das Bestreben der Berufsdiplomatie, die neuen Herren vor Abenteuern zu warnen. In ihrem Denken und Fühlen waren die deutschen Berufsdiplomaten — die fest zusammenhielten, um so lange als möglich das Eindringen der Nazi-Plebejer in die Diplomatie zu verhindern — fast durchweg deutsch-national eingestellt. Aber sie besaßen genug Vernunft, um zu sehen, daß eine Verwirklichung des in «Mein Kampf» enthaltenen Programms Deutschland in den Abgrund führen muß. Daß sie sich bei ihren Warnungen der Phraseologie der braunen Halunken bedienten, wird man ihnen kaum zum Vorwurf machen, da sie sonst noch weniger Aussicht gehabt hätten, Gehör zu finden. Manche Warnung mag von Sorge und Verantwortungsgefühl diktiert gewesen sein. Aber der rückschauende Betrachter kann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß auch die bestgemeinten Versuche, den Brandstiftern in den Arm zu fallen, im Endeffekt fast nur diesen zugute gekommen sind, weil sie dazu beitrugen, der Außenwelt ein ganz falsches Bild der «weisen Mäßigung» des Nationalsozialismus zu vermitteln, der gerade diesen Eindruck dringend brauchte.

Von allem Anfang an haben die Herrscher des Dritten Reiches ein verdächtiges Interesse für die Schweiz bekundet. Schon am 11. April 1933 hatte der damalige deutsche Gesandte in Bern, Adolf Müller, einen Bericht über «nationale Gruppen» in der Schweiz nach Berlin zu erstatten. Die letzten Ereignisse in Deutschland, schrieb er, haben den verschiedenen Gruppen in der Schweiz, die mit dem Nationalsozialismus sympathisieren, neuen Auftrieb gegeben. Neben den schon bestehenden Organisationen «Vereinigung nationalsozialistischer Eidgenossen» und «Nationale Front» seien zwei neue erstanden, die «Eidgenössische Front» und die «Bewegung für nationale Erneuerung». Sie alle würden trotz Verschiedenheiten zwischen ihnen für eine nationale Erneuerung und Unabhängigkeit (!) kämpfen. Die «Eidgenössische Front» oder «Eidgenössische außerparteiliche Einheitsfront» trete unter der Führung von Dr. Wilhelm Frick «für eine gesunde, unabhängige, patriotische Politik auf christlicher Grundlage und in Gegnerschaft zur Ideologie der Französischen

¹ Documents on German Foreign Policy 1918—1945, Series C, Vol. I, *The Third Reich: First Phase*, January 30-October 14, 1933. London 1958, Preis 2 Pfund 7 Schilling 6 Pence.

Revolution (!) und des Marxismus» ein. Neben dieser Gruppe, die mehr politische Ziele verfolge, sei die «Bewegung für nationale Erneuerung» mehr wirtschaftlicher Natur; sie erfreue sich der Unterstützung gewisser Wirtschaftskreise. Ihr Führer sei der Berner BGB-Nationalrat Joß, auf dessen «antimarxistische» und ständestaatliche Motion im Nationalrat vom März 1933 Gesandter Müller hinwies. Der Berichterstatter war aber klug genug, auszusprechen, obgleich man solches in Berlin nicht gerne hörte, daß alle diese Gruppen nur eine sehr kleine Mitgliedschaft besaßen und mit den großen politischen Parteien des Landes, den Freisinnigen, Katholischkonservativen und Sozialdemokraten, kaum konkurrieren könnten. In der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei hingegen würden sie Sympathien genießen. Der Bericht zitiert dann den Berner «Bund» (4. April 1933), der sich gegen die Aufspaltung des Mittelstandes durch die neuen Bewegungen und gegen das Kopieren fremder Muster ausgesprochen hatte, und einen im gleichen Sinn abgefaßten, aber die «antimarxistische» Note stärker betonenden Artikel in den «Basler Nachrichten» vom 1. April. Außerdem versorgte er Berlin mit den ersten Nummern der «Neuen Schweiz», die die «Bewegung für nationale Erneuerung» herausgab, sowie mit einer Erklärung der Berner Gruppe der «Eidgenössischen Front», die aber nicht von dieser veröffentlicht worden war, sondern von der sozialistischen «Berner Tagwacht» zur Warnung des Publikums.

Noch im gleichen April wollte Berlin etwas von «antideutscher Propaganda» in der Schweiz wissen, unter welchem Schlagwort natürlich antinationalsozialistische Propaganda zu verstehen war. Gesandter Müller ließ sich Zeit und antwortete erst am 20. Juli. Bis zu einem Zitat aus dem Jahre 1724 ging er zurück, um seinen Herren und Gebietern in Berlin einzubleuen, daß es sich im Umgang mit der Schweiz empfehle, größte Zurückhaltung und Takt aufzuerlegen. Dieses bäuerliche Volk habe schon bei Morgarten 1315 gezeigt, daß es in Ruhe seine Freiheit nach seinen eigenen Begriffen genießen wolle, und so sei es auch heute. So sehr die wirtschaftliche Lage zu Sparsamkeit zwinge, bestehे doch Verständnis für die von Bundesrat Minger in einer Rede verkündete Notwendigkeit, aufzurüsten, um die Neutralität der Schweiz erhalten zu können. Müller zitierte nun eine Unterredung, die er 1917 mit General Ludendorff gehabt hatte, um den Nationalsozialisten zu beweisen, daß eine starke Schweizer Armee auch im deutschen Interesse liege, weil sie im Falle eines deutsch-französischen Konflikts für die Deutschen einen höchst wünschenswerten Flankenschutz bilden würde. Das waren offenbar die einzigen Argumente, denen die Naziführer zugänglich waren! Immer wieder betonte Müller in seinem ausführlichen Bericht die Notwendigkeit großer Vorsicht bei der Propaganda in der Schweiz. Man solle der «antideutschen» Haltung der Schweizer sozialdemokratischen Presse nicht allzu große Bedeutung beilegen. Bundesrat Motta habe ihm oft erzählt, wie

gut es Mussolini immer verstanden habe, durch persönliches Auftreten wieder gutzumachen, was der Übereifer von Agenten und Propagandisten, besonders im Tessin, angerichtet hätte. Das war ein deutlicher Wink, daß ähnliche Gesten auch von deutscher Seite erfolgen sollten. «Eine so starke Regierung wie die gegenwärtige deutsche kann sich eine solche Haltung schon erlauben. Sie muß nicht nervös werden, wenn das Schweizervolk, das in der Kritik seiner eigenen Regierung fast hemmungslos ist, hier und da an Dingen herummäkelt, die in Deutschland geschehen.» Helvetische Offenheit müsse nicht gleich als Deutschfeindlichkeit ausgelegt werden. Im Anschluß daran beschwerte sich der Gesandte über das Auftreten der verschiedenen *Nazi-Organisationen in der Schweiz*. Sie würden sich viel zu laut und aufdringlich benehmen, und außerdem hätten sie die Frechheit, sich eine gewisse Oberhoheit über die Gesandtschaft anzumaßen. Die Schweizer seien eben von Natur aus mißtrauisch und müßten durch geduldige Überzeugungsarbeit gewonnen werden. Propaganda sollte daher nur unter der bewährten und mit den Verhältnissen vertrauten Führung der Gesandtschaft vor sich gehen. Zum Schluß seines stellenweise in beschwörenden Tönen formulierten Berichtes warnte Müller neuerlich davor, sich irgendwelche rasche und tiefgreifende Änderungen in der Schweiz als Folge des Auftretens neuer Gruppen zu erhoffen. Eine grundlegende Änderung der Schweizer Regierungsform wäre den deutschen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen überdies nur schädlich. Das dümmste, was man tun könne, wäre eine deutsche Zusammenarbeit mit den diversen Fronten und Erneuerungsbewegungen. Das oder Gestapoarbeit in der Schweiz müßte die Beziehungen vollkommen vergiften. Müllers Äußerung scheint einigen Beamten des Außenministeriums sehr gelegen gekommen sein. Sie wollten, daß Hitler von ihr in Kenntnis gesetzt wird. Es ist nicht geschehen, und es hätte sich dadurch auch kaum etwas geändert.

Ein Memorandum des Pressedepartements im Außenministerium vom 11. September beschäftigt sich mit der Berichterstattung der «*Neuen Zürcher Zeitung*» aus Deutschland. Sie habe im Anfang sehr scharf und «völlig einseitig» über das Dritte Reich geschrieben, aber später eine gemäßigtere Haltung eingenommen, weil sie ein Verbot der Einfuhr nach Deutschland und damit den Verlust vieler Leser fürchtete, die sie in der letzten Zeit erworben hatte, weil man dort Sachen lesen konnte, die die deutsche Presse nicht erwähnte. Auf Grund eines dort erschienenen «gehässigen» Berichtes aus Süddeutschland verlangte das Innenministerium ein Einfuhrverbot für das Blatt für eine längere Zeitperiode, doch habe das Außenministerium eine Beschränkung auf zwei Wochen erreicht. Eine Verkürzung komme nicht in Frage. Das Einfuhrverbot für die «*Zürcher Volkszeitung*» könnte aufgehoben werden, wenn Garantien für eine «bessere Haltung» erfolgen. (Die Einfuhr der sozialdemokratischen Presse war natürlich von Anfang bis Ende ver-

boten.) Diese Aufzeichnung war offenkundig für den Außenminister Neurath bestimmt, bei dem der Schweizer Gesandte an diesem Tag gegen die Verbote protestierte.

Das letzte auf die Schweiz bezughabende Aktenstück in dem Band ist eine aus Genf datierte Aufzeichnung des Außenministers Neurath vom 26. September 1933 über eine Unterredung zwischen ihm und *Göbbels* einerseits und dem damaligen Bundespräsidenten *Motta* anderseits. Motta betonte natürlich den Wunsch nach guten Beziehungen, die durch Grenzüberschreitungen, wie die von Otterbach und Ramsen, gefährdet würden. Neurath sparte nicht mit Beteuerungen guten Willens und versprach strenge Untersuchung sowie gegebenenfalls die Bestrafung schuldiger deutscher Organe. Dann wandte sich Motta an Göbbels wegen des Verbotes der Einfuhr von Schweizer Zeitungen. «Minister Göbbels setzte ihm die Gründe auseinander, die solche Verbote nötig gemacht haben.» Schließlich kam Motta auf die weitverbreitete Besorgnis zu sprechen, daß das Dritte Reich sich die deutschsprechenden Teile der Schweiz anzugliedern wünsche. «Minister Göbbels und ich sagten ihm kategorisch, daß ein solcher Gedanke vollkommen abwegig sei. In Deutschland denke kein vernünftiger Mensch daran, den Bestand der Eidgenossenschaft zu gefährden.» Wie man weiß, war insbesondere Göbbels ein richtiger Wahrheitsfanatiker, und auf seine Zusicherungen konnte man Gift nehmen.

Von den sechs für den Zeitraum 1933 bis 1937 vorgesehenen Bänden der Sammlung deutscher diplomatischer Dokumente dürften drei weitere in absehbarer Zeit der Öffentlichkeit zugänglich sein.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

In der außerordentlichen Januarsession der eidgenössischen Räte haben sich in letzter Stunde die bürgerlichen Fraktionen über die *Finanzvorlage* insofern geeinigt, als sie deren Geltungsdauer auf sechs Jahre beschränkten. Es kommt darin das Zugeständnis zum Ausdruck, daß man die Vorlage selber als ein fragwürdiges Flickwerk betrachtet, das man nicht einer längeren Lebensdauer für wert hält. Mit Recht hat denn auch die sozialdemokratische Fraktion es abgelehnt, die Mitverantwortung für diesen rein bürgerlichen Kompromiß zu übernehmen. Der Entschluß der Fraktion fand die volle Billigung des Parteivorstandes der SPS, der in seiner Sitzung vom 15. Februar einhellig beschloß, dem Parteivolk und allen Stimmberchtigten die Verwerfung der Vorlage zu empfehlen. Den gleichen Beschuß faßte das